

«Ein ehrlicher Makler in schwierigen Zeiten »

Tamara Buschek

Wird es der österreichischen Präsidentschaft gelingen ein ehrlicher Makler zu sein? Reicht es ein ehrlicher Makler zu sein? Wird es der österreichischen Präsidentschaft gelingen das Vertrauen zu Europa wieder herzustellen, Akzente zu setzen und Europa aus seiner Krise zu lenken?

Diese und viele andere Fragen stellten sich zwei auserwählte Runden im Zuge der von Notre Europe organisierten Diskussionsrunden am 12.1.2006 in der Diplomatischen Akademie Wien (in Zusammenarbeit mit der DA und „Europatage“ 2006) und am 23.1.2006 in Brüssel in der Ständigen Vertretung der Republik Österreich zur EU (in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung, Büro Brüssel und „Europatage“ 2006).

Was kann Österreich von der britischen Präsidentschaft lernen? Bundeskanzler Schüssel meinte gelernt zu haben was ein starkes finish sei. Es bleibt zu hoffen, dass die österreichische Präsidentschaft den viel versprechenden Beginn auch fortsetzen wird.

Für **Botschafterin Dr. Tichy-Fisslberger** ist die von der österreichischen Regierung selbstgewählte Makler- und Mittlerrolle ein durchaus ehrgeiziges Ziel: „Es ist schon viel ehrlicher Makler zu sein - dies ist eine große Herausforderung, denn man muss die Partner sehr gut kennen und intensive Sondierungen betreiben, um herauszufinden was überhaupt möglich ist.“ Auf die Frage, ob kleine Staaten wie Österreich ihre Anliegen in der EU nicht nur im Hintergrund anbringen könnten,

Diskussionsteilnehmer:

In Wien erläuterten die Diskussionsteilnehmer Univ. Prof. Dr. Sonja Puntcher-Riekman, (Vizektorin an der Universität Salzburg, Direktorin des Instituts für Europäische Integrationsforschung, Autorin der von Notre Europe veröffentlichten Studie „Ein ehrlicher Makler in schwierigen Zeiten“), Botschafterin Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten), Prof. Dr. Michel Cullin (Diplomatische Akademie Wien) und MMag. Christian Mandl (Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung EU-Koordination) den Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft. Die Diskussion wurde von Dr. Ruth Reitmeier-Keenan vom Wirtschaftsblatt moderiert.

In Brüssel standen der Hausherr Botschafter Dr. Gregor Woschnagg, Prof. Dr. Mario Telo (Professor für Politikwissenschaften, Internationale Beziehungen und Europäische Studien, Freie Universität Brüssel), Mag. Evelyn Regner (Leiterin des Europabüros des ÖGB, Brüssel) und Mag. Gerhard Huemer (Direktor für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe) dem zahlreichen Publikum Rede und Antwort. Moderiert wurde die Debatte von Herrn Fritz-Vannahme von der „Zeit“.

und ob der ehrliche Makler nicht der größte Anspruch eines Kleinstaates sein kann, entgegnete Botschafterin **Dr. Tichy-Fisslberger**, dass Großbritannien seine Hauptanliegen auch nicht vollständig durchsetzen konnte und dass kleine Staaten die Maklerrolle leichter erfüllen könnten.

Für **Prof. Sonia Puntscher-Riekmann** gehören Wunschvorstellungen weder zum ehrlichen noch zum unehrlichen Makler – das Ziel ist das Entwickeln von Kompromissvorschlägen („Balance“).

MMag. Mandl merkte an, dass eine Präsidentschaft für Interessensvertretungen die schlechteste Zeit sei, da die Rolle des Maklers verlange, eigene Interessen zurückzustellen, wenn nicht ganz fallen zu lassen.

Die Diskussionen konzentrierten sich in weiterer Folge vor allem auf die Verfassungsfrage und die budgetären Verhandlungen.

Österreich will die Debatte über die EU-Verfassung durch „Reflexion“ auf Grundlage des „Plan D“ („Diskussion, Dialog und Demokratie“) neu beginnen. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass dieses Vorhaben eine große Herausforderung darstellt.

Die negativen Votumsergebnisse in Frankreich und in den Niederlanden haben deutlich gemacht, dass die Bevölkerung dem europäischen Aufbauprozess immer skeptischer gegenübersteht und die Kluft zwischen den 450 Millionen Bürgern in Europa und den EU-Institutionen immer größer wird. Ist die Verfassung tot oder nur im Koma?

Die Geschichte der Integration sei seit Maastricht eine Geschichte von Euphorie und Katzenjammer, meinte **Prof. Puntscher-Riekmann**. „Mit dem alleinigen Versprechen, die Union demokratischer und flexibler zu machen wird es nicht gelingen das Vertrauen der Bevölkerung zu Europa herzustellen: Konsolidierung durch Konstitutionierung“. Ihrer Meinung nach mangelt es in Europa nicht an Ideen, sondern an „leadership“ und Durchsetzungskraft. Dies liege aber nicht nur an den Akteuren selber. Kompromisse unter 25 seien schwierig zu erzielen. Seit Amsterdam kam es zu einer Wiedererweckung des Nationalstaates, an welchem sich der politische leader orientiert. Die Lösung für ein funktionierendes „leadership“ wäre die Machtabgabe nationaler Regierungen. „Die Wiederaufnahme der Diskussion ist eine Notwendigkeit“ , betonte **Prof. Puntscher-Riekmann**.

„Der Plan D wird keine große Lösung bringen, denn die Europadebatte schaut in jedem Land anders aus“, so Botschafterin **Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger**. Sie kritisierte, dass die positiven Aspekte von Europa selbstverständlich geworden sind. „Die Verfassung ist nicht perfekt, aber bis jetzt die beste Lösung.“

MMag. Mandl ist der Ansicht, dass man ohne Wachstum und Beschäftigung nie im Stande sein wird, Europa zu „transportieren“. Ein 3%iges Wirtschaftswachstum sei von Nöten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Diese würden an erster Stelle in den kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen.

MMag. Mandl plädierte für den Dialog mit den Bürgern vor Ort. „Internet, Plakate und Fernsehspots reichen nicht“.

Auch für **Mag. Huemer** ist es nicht möglich die Verfassungsfrage von sozialen und wirtschaftlichen Themen zu trennen. Zuerst müssten diese gelöst werden, um das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen.

„Österreich hat den Willen, am Ende seiner Ratspräsidentschaft eine gute, positive Stimmung zu schaffen“, sagte Botschafter **Dr. Woschnagg**. Auch er betonte die große Bedeutung von Wachstum und Beschäftigung. Österreich will die Klein-, und Mittelbetriebe fördern, denn diese schaffen die Arbeitsplätze als auch die so genannten „easy jobs“, d. h. weniger gut ausgebildeten Arbeitslosen helfen, vielleicht mit öffentlichen Mitteln. Von einem „Rosinenpicken“ hält Botschafter **Dr. Woschnagg** nicht viel. „Die Verfassung hat drei Teile. Sie darf nicht gestückelt werden.“

Mag. Regner unterstrich, dass die im EGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften den Prozess zur Erarbeitung einer Europäischen Verfassung stets tatkräftig begleitet und unterstützt haben. Am vorliegenden Verfassungsentwurf begrüßen sie insbesondere die Grundrechtecharta und die Hinweise auf eine ausgewogene Entwicklung mit einer starken sozialen Dimension. „Die Grundrechtecharta stellt das unverzichtbare Kernstück der Verfassung dar. Jegliche Formen der Zerstückelung sind nicht akzeptabel.“

Prof. Dr. Telo schätzt die Dauer des „Versöhnungsprozess“ auf zwei Jahre. „Die Bürger brauchen wirtschaftliche Ergebnisse.“ Zu seinen Empfehlungen gehören „governance optimism“, eine Kompromissfähigkeit zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen großen und kleinen Ländern und man solle nun von dem „Voggenhuber-Papier“ profitieren.

Prof. Cullin wies darauf hin, dass das Europaprojekt die Bürger motivieren muss. Der Wille des Zusammenlebens muss neu definiert werden. Die Bürger müssen den Werten der gemeinschaftlichen Politik beipflichten, um den Wunsch zu haben, tatsächlich gemeinsam zu leben. „Der Begriff der Staatsbürgerschaft als auch die 'metissage culturel' sind sehr wichtig.“

Alle Teilnehmer hoben auch die Verantwortung der Medien hervor. Für diese seien „bad news good news“. Positive Dinge der EU würden nur sehr selten erörtert. „Ohne allgemeine ausgeglichene Berichterstattung werden wir die Bevölkerung nie für Europa begeistern können“, so **Prof. Puntcher-Riekmann**. Auch die Tatsache, dass nationale Regierungen so genanntes „blame shifting“ betreiben - alle guten Dinge werden auf nationaler Ebene, alle schlechten in Brüssel beschlossen – vergrößert das Misstrauen in die europäischen Institutionen nur noch mehr. Solange die Nationalregierungen die EU als Sündenbock missbrauchen, könnten sich die Bürger keine objektive Meinung zur EU bilden.

Stimmen aus dem Publikum kritisierten, dass es nicht in allen europäischen Staaten ein Plebiszit am gleichen Tag gegeben hat. Dies hätte auch den europäischen Geist gefördert, ohne den es zu keiner Lösung der Probleme kommen kann. Nur was ist der europäische Geist genau? Diese Verfassung sei tot, nicht aber der Verfassungsprozess. Wäre es denn nicht möglich den institutionellen Teil vom Rest des Verfassungstextes zu trennen und eventuell unter einem anderen Titel wie z.B. „Institutionelle Reform“ voranzutreiben? Es wurde ebenfalls bemängelt, dass die Diskussion über die Verfassung in Österreich gänzlich gefehlt hat.

Hinsichtlich der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 bedauerte Botschafter **Dr. Woschnagg**, dass es der Luxemburgischen Präsidentschaft im Juni 2005 nicht gelungen sei, einen Konsens zu erzielen, obwohl die Lösung in Reichweite gelegen hätte. Der unter britischer Präsidentschaft

erreichte Kompromiss unterbiete den gescheiterten Juncker-Vorschlag nur geringfügig. Kürzungen würden vor allem in den Bereichen der Beschäftigung und Wachstum vorgenommen, die für die alten Mitgliedstaaten von großer Bedeutung seien.

Mag. Regner gratulierte dem EU-Parlament zur seiner Ablehnung des vorgeschlagenen EU-Haushalt 2007-2013. Die österreichische Ratspräsidentschaft müsse bei den nun anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament für einen Wachstums- und Beschäftigungsschwerpunkt im Budget sorgen.

Die Einnahmen und Ausgaben müssen genau angeschaut werden. „Es kann nicht alles aus dem EU-Budget finanziert werden“, so Botschafter **Dr. Woschnagg**.

MMag. Mandl wies darauf hin, dass Europa mit seinem Budget lediglich Anstöße geben könne – es müsse auf nationaler Ebene reagiert werden. In diesem Zusammenhang bedauerte er das Fehlen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik - es werde versucht dies durch Koordinierung auszugleichen.

Auch für **Prof. Telo** ist die Kombination von EU-Budget und nationalem Budget unabkömmlich. Unter österreichischer Ratspräsidentschaft wird die Kommission ihren Bericht über die nationalen Pläne zur Umsetzung der Lissabon-Strategie vorlegen. Österreich will in diesem Zusammenhang, wie schon erwähnt, die Grundlagen der Unternehmen, vor allem der kleinen und mittleren, verbessern, das Budget für Bildung und Forschung erhöhen und die Koordinierung der Sozialsysteme vorantreiben. **Prof. Telo** gab diesbezüglich zu bedenken, dass die EU-Akteure nicht genug für die „Popularität“ der Lissabon-Strategie gemacht hätten. Die meisten Bürger könnten sich darunter nicht viel vorstellen.

Es liegt nun an der österreichischen Ratspräsidentschaft klare Perspektiven zu setzen und eine hohe Qualität der europäischen Gesetzgebung und Verwaltung durch eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten.

Das Schlusswort kam von **Stephen Boucher**, Generalsekretär von Notre Europe: „Die schwarzen Wolken müssen vorbeiziehen.“ Die Bürger erwarten sich andere Ergebnisse von Europa. Wichtig seien vor allem Kommunikationsarbeit und die öffentliche Diskussion, zu der Notre Europe einen Beitrag leisten möchte.